AMNESTY INTERNATIONAL

Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Brasilien

2025

Die Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger/innen verschärfte sich, insbesondere gegen Umweltschützer/innen, indigene Gemeinschaften und Quilombola-Landverteidiger/innen. Die Polizeigewalt setzte sich fort und betraf unverhältnismäßig oft die schwarze Bevölkerung. Das Ausmaß an Gewalt gegen LGBTI-Menschen und geschlechtsspezifische Gewalt, insbesondere Feminizide an schwarzen Frauen, war weiterhin besorgniserregend. Die Schwierigkeiten beim Zugang zu Justiz, insbesondere in Fällen von Polizeigewalt, untergruben weiterhin die Rechenschaftspflicht der Staaten.

Die Rechte der indigenen Völker

Die Okkupation von Land und Gewalttaten im Zusammenhang mit Landkonflikten und bewaffneten Angriffen setzten sich in Gebieten mit rascher Expansion durch Agrarunternehmen fort, insbesondere in den Gemeinden Guaraní Kaiowá (Staat Mato Grosso do Sul), Avá Guaraní Paranaense (Staat Paraná) und Pataxó und Pataxó Hã-hã-hãe (Staat Bahia).

Die Drohungen und Angriffe gegen die Gemeindeführer/innen nahmen deutlich zu. Zu den Fällen von extremer Gewalt gehörten der Mord und die Enthauptung von **Everton Lopes Rodrigues**, einem jungen Avá Guaraní Paranaense in der Gemeinde Guaira (Staat Paraná), und die Ermordung des Guaraní Kaiowá-Führers **Vicente Fernandes Vilhalva** während eines Angriffs von bewaffneten Personen auf das Gebiet von Pyelito Kue in der Gemeinde Iguatemi (Mato Grosso). Diese Ereignisse ereigneten sich im Zusammenhang mit anhaltender Gewalt, die auf den bereits abgegrenzten Gebieten in den Staaten Paraná, Mato Grosso do Sul und Bahia angewandt wurde, unter anderem durch Drohungen, nächtliche Anschläge, Brandstiftung und Verfolgung von Gemeindeführer/innen.

Menschenrechtsverteidiger/innen und Umweltschützer/innen

Der neue Nationale Plan zum Schutz der Menschenrechtsverteidiger/innen wurde genehmigt und verstärkt die Verpflichtung des Staates, umfassende

physische, psychosoziale und rechtliche Schutzmaßnahmen für gefährdete Personen und Gemeinschaften zu ergreifen.

Im Zusammenhang mit territorialen Konflikten hielten Angriffe, Drohungen und schwere Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger/innen an. Es wurden Morde, Angriffe, Morddrohungen und Fälle von Kriminalisierung registriert. Im November wurden **Antônia Ferreira dos Santos** und **Marly Viana Barroso**, 53 bzw. 71 Jahre alt, Umweltschützerinnen und Sammlerinnen von Babassu-Kokosnüssen, in der Gemeinde Novo Repartimento (Staat Pará) im Zusammenhang mit territorialen Streitigkeiten und der Verteidigung ihrer traditionellen Lebensweise getötet.

Beispiele für rechtswidrige Gewaltanwendung

Die öffentliche Sicherheitspolitik wurde weiterhin von Polizeigewalt gekennzeichnet. Laut dem brasilianischen Jahrbuch für öffentliche Sicherheit und Organisationen wie dem Democracy under Threat (DX) Institute töteten Polizeikräfte im Jahr 2024 durchschnittlich 17 Menschen pro Tag, insgesamt mehr als 6.200 Todesfälle im Laufe des Jahres. So behielt Brasilien seine Position als eines der führenden Länder weltweit in Bezug auf die Todesraten durch Polizeigewalt.

Das im Juli veröffentlichte brasilianische Jahrbuch für öffentliche Sicherheit gab an, dass die schwarze Bevölkerung weiterhin die Mehrheit der Opfer von Polizeimorden in absoluten Zahlen ausmacht. Im Jahr 2024 waren etwa 82% der bei Polizeieinsätzen Getöteten schwarz, obwohl diese demografische Gruppe nur 55,5% der Gesamtbevölkerung ausmachte.

Im Januar hinterließ eine Operation, die in den Vierteln Alemão und Penha in Rio de Janeiro durchgeführt wurde, Dutzende Tote und störte das tägliche Leben in diesen Favelas, wobei Berichte über außergerichtliche Hinrichtungen behindert wurden. In der Stadt São Paulo stiegen die Todesfälle durch die diensthabende Militärpolizei im Jahr 2025 auf 672 Opfer, mit einem steileren Anstieg in der zweiten Jahreshälfte nach der Einführung eines neuen Modells der Körperkamera mit einem engeren Sichtfeld durch die Polizei.

Rechtswidrige Gewaltanwendung/Operation Containment

Im Oktober führte die Operation Containment in den Favelas Penha und Alemão, die von 2.500 zivilen und militärischen Agenten durchgeführt wurde, zum Tod von 121 Menschen, darunter vier Polizisten. Als die tödlichste Operation in der Geschichte des Bundesstaates Rio de Janeiro gab es Berichte über außergerichtliche Hinrichtungen, Hausrazzien, Verstöße gegen Protokolle zur Sicherung von Tatorten und unverhältnismäßige Gewaltanwendung in einem dicht besiedelten Gebiet.

Strafverfolgung

Hinsichtlich der staatlichen Verantwortung bei Verurteilungen in einer Reihe von hochkarätigen Fällen von Polizeigewalt wurden einige Erfolge erzielt.

In der Stadt Fortaleza wurden acht Militärpolizisten wegen Mordes, versuchter

Tötung und Folter im Jahr 2015 zu langen Haftstrafen verurteilt, die 2015 gegen Bewohner einer Reihe von peripheren städtischen Vierteln begangen wurden, was als Curio-Massaker bekannt wurde. Mehrere Agenten wurden in einem separaten Prozess freigesprochen. Im Fall von Johnatha de Oliveira Lima, einem jungen Schwarzen, der während einer Polizeiaktion in einer Favela in Rio de Janeiro getötet wurde, erlaubte eine Reihe von Gerichtsentscheidungen die Wiederaufnahme der Ermittlungen. Diese Beispiele blieben jedoch außergewöhnlich: Rund 98% der Ermittlungen gegen Polizeibeamte wurden verworfen, weniger als 2% der Todesfälle durch die Polizei gingen vor Gericht.

https://www.amnesty.org/en/location/americas/south-america/brazil/report-brazil/